

Budgetkommission.

N. Berlin, 4. Juni. (Priv.-Tel., Str. Frst.) Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses ist heute Vormittag zusammengetreten. Ueber die Verhandlungen liegt folgender amtliche Bericht vor:

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde schriftliche Bericht-erstattung an das Haus beschlossen. Die Beratung begann mit Erörterung über

Volksernährung

und über die neuen Verordnungen des Bundesrats und der Landeszentralbehörden auf diesem Gebiete. Der Bericht-erstattet Abg. Dr. Soefch (Neukirchen) führte unter anderem dazu folgendes aus: Die Verordnungen des Bundesrates und der Zentralbehörden hätten die Ernährung des Volkes sichergestellt und sich den Bedürfnissen der Landwirtschaft und des Verbrauches anzupassen gewußt. Bei Futtermitteln seien die Verordnungen manchmal leider zu spät gekommen, hätten auch eine übermäßige Erhöhung der Preise nicht mehr verhindern können. Im übrigen hätte die Entwicklung der letzten Zeit gezeigt, daß wir im Lande Kornkammern brauchen, die ihren Ueberschuß an Getreide an die dichter bevölkerten Teile des Landes abgeben könnten. Auch die Viehzucht müsse zu Ueberschüssen in einzelnen Teilen des Landes hochgezogen werden. Wie notwendig das sei, ergebe sich daraus, daß während des Krieges aus Preußen nicht weniger als 2.1 Millionen gemästete Schweine an die anderen Bundesstaaten hätten abgegeben werden können. Die neue Organisation müsse für das Erntejahr 1915/16 sorgen. Bei der Ernte 1915 müsse man mit Schätzungen sehr zurückhaltend sein, einmal mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Bestellung, dann aber auch mit Rücksicht auf die bisherige Trockenheit. An der Verwaltung der Organisationen müßten Verbraucher und Erzeuger gleichmäßig beteiligt sein.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums knüpfte in seinen umfassenden Ausführungen an die Beratungen der Kommission im Februar d. Js. Er gab nochmals in großen Zügen eine Darstellung der gesamten Ernährungs-politik und ihrer leitenden Grundsätze und Organisationen. Er konnte der Kommission erklären, daß die Ernährung-sfrage als gelöst anzusehen sei, daß wir sogar noch mit erheblichen Reserven in das kommende Erntejahr hinübergehen könnten. Die letzten Erhebungen über unsere Mehlvorräte haben ergeben, daß nach unseren früheren Berechnungen eine Reserve von 4 692 732 Doppelzentnern Mehl vorhanden sein sollte, während sich tatsächlich nunmehr ein Ueberschuß von 6 965 929 Doppelzentnern ergebe, die Reserve sich somit um 2 273 197 Doppelzentner erhöht habe. Ein gleich günstiges Bild ergab die Kartoffelstatistik vom 15. Mai 1915. Entgegen der Annahme, zu der die Statistik vom 15. März hatte führen müssen, daß das auf den Kopf der Bevölkerung bis zur nächsten Ernte fallende Quantum höchstens $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Pfund betrage, habe sich nunmehr nach der Statistik vom 15. Mai herausgestellt, daß die Tageskostmenge den normalen Friedensverbrauch erreichen würde. Den künftigen Wirtschaftsplan müsse man auf die geschaffenen und bestehenden Einrichtungen aufbauen und so gestalten, als ständen wir vor einem weiteren vollen Kriegsjahr. Festzuhalten sei grundsätzlich am Prinzip der Höchstpreise und an der Beschlagnahme, insbesondere bei Brotgetreide und Hafer. Für Gerste sei zu erwägen, ob ein Handelsmonopol für eine der bestehenden Kriegsgesellschaften zu schaffen sei. Für Kartoffeln seien vorläufig besondere Maßregeln nicht ins Auge zu fassen. Man müsse die Entwicklung abwarten. Eine Beschlagnahme käme, wie bisher, so auch künftig nicht in Frage. Hinsichtlich des Zuckers, der Düngemittel und des Branntweins könne man im wesentlichen an der bisherigen Regelung festhalten, Einzelheiten selbstverständlich vorbehalten. Bei der Frage der Futtermittel schwebten Erwägungen. Was insbesondere die Frage der Futtermittel anlange, so sei auf Grund der bisher gepflogenen Erwägungen zu erwarten, daß auch diese Frage eine befriedigende Lösung finden werde.

In der Besprechung wurde unter anderem ausgeführt, die Reglementierung des Verbrauchs treffe manchen schwer, sei aber unentbehrlich. Höhere Preise für Lebensmittel seien nicht zu vermeiden gewesen; immerhin seien die Preise bei uns niedriger als z. B. in England. Zu bedauern sei, daß der Mehlpreis nicht alsbald geregelt worden sei. Bei den künftigen Anordnungen sollten Sachverständige aus verschiedenen Berufsschichten mehr als bisher zugezogen werden. Bei Anklagen wegen Uebertretung von Nahrungsmittelverordnungen müsse der Natur des einzelnen Falles Rechnung getragen werden. — Von einigen Rednern wurden möglichst niedrige Mehlpreise gefordert und auch darauf hingewiesen, daß der Brotpreis ungebührlich hoch gegenüber dem Getreidepreis erscheine. Auch müsse die Niedrighaltung der Lebensmittelpreise nach Möglichkeit angestrebt werden.

Auf verschiedene Anfragen führte der Landwirtschaftsminister ungefähr folgendes aus: Bei der Versorgung der Bevölkerung während des Krieges sei weniger ein Mangel an Brotgetreide als an Futtermitteln hervorgetreten, und auch im nächsten Jahre werde hierin voraussichtlich keine Veränderung eintreten. Es sei daher nötig, alles zu tun, um die Ernährung der Bevölkerung und des Viehes zu sichern. Was die bedauerliche Fleischsteuerung betreffe, so seien die Verhältnisse im Jahre 1912 ähnlich gewesen. Da die Zufuhr abgeschnitten sei, verbleibe als einziges Mittel die Förderung der Aufzucht der Schweine. So lange man bei der Statistik auf Schätzungen angewiesen sei, z. B. bei Kartoffelmieten und ungedroschenem Getreide, könne kein zuverlässiges Ergebnis erzielt werden. Ueber die Kultivierung von Dieldland habe man bereits früher gesagt, daß es voraussichtlich nicht möglich sein werde, in dem laufenden Jahre in solchem Umfange Dieldland zu bestellen, daß eine für die Ernährung der Bevölkerung wesentliche Vermehrung der Vorräte herbeigeführt werden könnte. In den besetzten Gebieten des Westens seien 80 Prozent der Ackerfläche durch unsere Truppen mit Winterweizen, Frühjahrsgetreide und Kartoffeln bestellt.

Bei den Erörterungen darüber, daß die Produktionskosten der Landwirtschaft durch die Teuerung der Düngemittel, Futtermittel, Kohlen usw. erhöht würden, wurde aus der Kommission hervorgehoben, dann müsse eben versucht werden, die Preise der Lebensmittel durch eine Förderung und Unter-

stützung der Produktion herabzudrücken. Wenn eine Verbilligung der Herstellungskosten eintrete, werde auch eine Herabsetzung der Preise für Lebensmittel erfolgen können und erfolgen müssen.